

# Die Niederlande

## Marij Leenders

Als am Prinsjesdag 2007 das vierte Kabinett Balkenende (CDA, PvdA und ChristenUnie) seine Politik für das folgende Jahr vorstellte, schien sich die Regierung vor einer erzieherischen Aufgabe zu sehen – zurück zur einer machbaren Gesellschaft. Das Fliegen wird teurer, ebenso wie Auto fahren, trinken und rauchen. Es kommen Erziehungscamps für junge Kriminelle und 500 zusätzliche Polizisten in den Stadtvierteln. Eltern erhalten Unterstützung bei der Erziehung ihrer Kinder. Kritiker sprachen nicht von Machbarkeit, sondern von Bewachbarkeit der Gesellschaft. Es ginge darum, Unerwünschtes vor der Tür zu halten. Laut Paul Schnabel, Direktor des Sociaal Cultureel Planbureau (Sozial-Kulturelles Planungsbüro, SCP) gibt es eine große Bereitschaft der Bürger, die Einmischung des Staats zu akzeptieren. Das Anbringen von Überwachungskameras hätte früher sofort zu einer Grundsatzdiskussion über den Schutz der Privatsphäre geführt. Heute gibt es dafür eine breite Akzeptanz.

Des Weiteren wurde angekündigt, dass die Kaufkraft der Bürger eingeschränkt werde, um zusätzlich in eine sozialere Gesellschaft und in solide Staatsfinanzen investieren zu können. Höhere Steuern sollen das Verhalten der Konsumenten steuern. Der Ausgangspunkt für diese Überlegungen waren die für 2008 prognostizierten 2,25% Wirtschaftswachstum, die jedoch im Frühjahr 2008 auf 1,75% des Bruttoinlandsprodukts zurückgeschraubt werden mussten.<sup>1</sup> Für die im Slogan „zusammen arbeiten, zusammen leben“ zusammengefasste Philosophie des Kabinetts gab es in der Tweede Kamer neben Kritik auch Lob, sogar von der Sozialistischen Partei (SP).

Nach den neuesten Umfragen (erste Juliwoche 2008) würde die CDA bei Neuwahlen von 31 auf 36 Parlamentssitze anwachsen. Dieser Anstieg ginge vor allem auf Kosten von Trots op Nederland, der neu gegründeten rechtspopulistischen Partei von Rita Verdonk, die innerhalb von zwei Wochen in den Umfragen von 20 auf 15 Sitze abstürzte. Die anderen Parteien hielten ihren Sitzanteil mit einem Sitz mehr oder weniger: Die sozialdemokratische PvdA stand bei 24 Sitzen, die rechtsliberale VVD (Volkspartei für Freiheit und Demokratie) bei 16, die SP bei 19 und die rechtspopulistische Partij voor de Vrijheid (Partei für die Freiheit – PVV) bei 11 Sitzen.<sup>2</sup>

### Islamdebatte

Die Ankündigung von Geert Wilders, dem Vorsitzenden der rechtspopulistischen PVV, einen Antikoranfilm mit dem Titel „Fitna“ machen zu wollen, sorgte im In- und Ausland für viel Unruhe. Ministerpräsident Balkenende (CDA) berichtete im März 2008 während des Europäischen Rats in Brüssel über die Entwicklung um diesen Film. Der Inhalt war zu dem Zeitpunkt noch nicht bekannt, aber die Mitgliedsländer der EU waren sich der mögli-

---

Übersetzt aus dem Niederländischen von Gudrun Staedel-Schneider.

1 Nach der neuesten Schätzung des Centraal Planbureau, <http://www.rmu.org/index>.

2 <http://www.politiebarometer.nl>.

chen internationalen Konsequenzen bei der Vorstellung des Films bewusst. Es wurden vor allem militante Demonstrationen in den islamischen Ländern oder in Europa befürchtet, ähnlich denen anlässlich der Veröffentlichung der Mohammed-Karikaturen in einer dänischen Zeitung. Balkenende nutzte das Treffen der Europäischen Christdemokraten, um seine Botschaft weiterzugeben, dass nämlich die niederländische Regierung zwar nicht den Inhalt des Films unterstütze, wohl aber das Recht Wilders' auf freie Meinungsäußerung.

Alle nationalen Fernsehanstalten weigerten sich, den Film zu senden. Wilders beschloss daraufhin, den Film auf seiner eigenen Internetseite zu veröffentlichen. Die Europäische Union warnte in der Folge weltweit alle Diplomaten, dass der Antikoranfilm bald erscheinen werde. Die Aufregung nach dem Erscheinen des Films blieb national wie international auf einige Demonstrationen beschränkt. Vor dem Erscheinen des Films hatten Demonstranten in Afghanistan die niederländische Flagge verbrannt, nach dem Erscheinen demonstrierten in Kabul einige Dutzend Frauen in Burka und die Taliban ließen in einer Pressemitteilung verlauten, dass zwei Attentate mit Straßenrandbomben in Uruzgan auch eine Vergeltungsaktion für den Film gewesen seien. In Indonesien gab es Tumulte vor einem niederländischen Konsulat. In den Niederlanden selbst war die Reaktion der Moslems entschlossen und beherrscht. Es stellte sich heraus, dass „Fitna“ weniger beleidigend war als im Vorhinein befürchtet. Wilders hatte keine Seiten aus dem Koran herausgerissen und verbrannt. Es war nicht zur befürchteten Gotteslästerung gekommen. Doch dies war nur teilweise eine Erklärung für die milde Reaktion in den Niederlanden. Die auslotende Diskussion vorab nach dem Poldermodell hatte sich sicher ebenfalls bezahlt gemacht. Der Niederländische Verband der Imame hatte bereits im Januar dazu aufgerufen, die Ruhe zu bewahren. Anlässlich einer Pressekonferenz in der El Oumma Moschee im Amsterdamer Stadtviertel Slotervaart wurde dieser Aufruf von den versammelten islamischen Organisationen noch einmal bekräftigt. Auch die Regierung war nicht untätig geblieben: Sie hatte im November 2007 alle Bürgermeister vor Unruhe in der Gesellschaft und vor Spannungen zwischen Bevölkerungsgruppen gewarnt. Die Gemeinden hatten daraufhin allerlei Initiativen entwickelt: Versammlungen wurden einberufen, Moscheen besucht, Jugendarbeiter und Polizisten wurden in sozialen Brennpunkten aktiv. Noch bevor der Film anlief, war in den Niederlanden nicht die Wut, sondern die Ruhe organisiert.

Die Angelegenheit hatte noch ein Nachspiel, da gegen Wilders Anzeige wegen Diskriminierung und Volksverhetzung erstattet wurde. Das Recht auf freie Meinungsäußerung stand der Äußerung von beleidigenden Aussagen gegenüber. Die Staatsanwaltschaft kam nach monatelangen Untersuchungen zu dem Schluss, dass Wilders keine Straftat begangen hatte: Einige seiner Auslassungen über Moslems waren zwar beleidigend, blieben aber im Rahmen des gesellschaftlichen Dialogs. Darüber hinaus befasste sich Wilders nach Angaben der Staatsanwaltschaft mit dem Islam als Religion und nicht mit Moslems.

Aus einer Untersuchung der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz des Europarats (European Commission against Racism and Intolerance, ECRI) wurde deutlich, dass in den Niederlanden 2008 das Misstrauen gegenüber Moslems, die dort ungefähr 5,5% der Bevölkerung ausmachen, dramatisch gestiegen war.<sup>3</sup> Die ECRI führte die gestiegene Islamphobie auf nationale wie internationale Ereignisse wie den Mord am Filmemacher

---

3 Siehe die Seiten des Europarats, <http://www.coe.int/DefaultEN.asp>, sowie zur Bevölkerungsstruktur der Niederlande die Angabe des World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/nl.html#People>.

Van Gogh 2004 und die Anschläge vom 11. September 2001 in den USA zurück. Moslems sahen sich immer öfter rassistischer Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt. Auch soll diese Gruppe aus Sicherheitsüberlegungen überproportional von der Polizei kontrolliert worden sein. Die Kommission sprach von einer „beunruhigenden Polarisierung zwischen der Mehrheit und den Minderheiten“. Die marokkanische und die türkische Bevölkerungsgruppe hätten „besonders stark“ zu leiden gehabt unter Stigmatisierung und Vorurteilen.

## Die Europadebatte

Der Wetenschappelijke Raad voor het Regeringsbeleid (Wissenschaftlicher Rat für Regierungspolitik, WRR) hatte nach der überzeugenden Ablehnung des Europäischen Verfassungsvertrags 2005 die gesellschaftliche Unterstützung für die niederländische Europapolitik untersucht.<sup>4</sup> Der Grundtenor des Berichts war, dass die Niederlande in der Europapolitik eigene Präferenzen formulieren sollten für zu erreichende Ziele, wodurch sie selbst den Ton angeben könnten. Der WRR machte hierzu einige Vorschläge, z.B. Hinarbeiten auf eine europäische „blue card“ für hochqualifizierte Arbeitskräfte aus dem nicht-europäischen Ausland, Drängen auf deutliche Regeln für regionale Energiemärkte und das Angleichen gesetzlicher Produktregeln.

Aus dem Bericht wurde auch deutlich, dass PVV-Wähler Europa am häufigsten ablehnend gegenüber standen (24%), gefolgt von den Anhängern der Partei für die Tiere (15%), der Staatskundig Gereformeerde Partij (SGP, radikalkonservativ, orthodox-calvinistisch, 1111v 13%) und der SP (8%). Am wenigsten neigten Wähler von GroenLinks (GrünLinks, 1%) und D66 (3%) zur Ablehnung.

Das Parlament debattierte im März 2008 im Rahmen der inzwischen jährlichen allgemeinen Europadebatte mit der Regierung über die Ergebnisse der WRR-Studie.<sup>5</sup> Die großen Parteien in der Tweede Kamer wollten so schnell wie möglich weg von der geschlossenen, nach innen gewandten politischen Debatte über die Europäische Union. Es sollte nicht länger geredet werden über abstrakte Strukturen, sondern über konkrete europäische Angelegenheiten, die die Bürger tagtäglich betreffen. Ein Teil derjenigen, die mit Nein gestimmt hatten, hatte den Wunsch nach einer stärkeren Rolle der nationalen Parlamente. Um diesem Wunsch entgegenzukommen wurde in der Parlamentskommission für europäische Angelegenheiten der Vorschlag besprochen, dass die Regierung erst dann an der Beschlussfassung über einen europäischen Vorschlag mitwirken könne, nachdem das Parlament darüber debattiert habe.

In der Debatte über den neuen Lissabon-Vertrag waren die Meinungen über ein neues Referendum geteilt. Die Koalitionsparteien hatten bei der Regierungsbildung dieses heiße Eisen an den Raad van State, das höchste Beratungsorgan der Regierung, weitergeschoben. Anfang 2007 kam der Raad van State zu dem Schluss, dass ein Referendum nicht notwendig sei. Das Kabinett beschloss daher, kein Referendum zu organisieren. Auf Initiative der Sozialistischen Partei wurde gemeinsam mit D66, GrünLinks, PVV und der Partei für die Tiere ein Gesetzentwurf für ein Referendum vorgelegt,<sup>6</sup> der von einer Mehrheit im Parlament abgelehnt wurde.

4 <http://www.wrr.nl/content.jsp?objectid=4068>.

5 Handelingen Tweede Kamer der Staten-Generaal, 11. März 2008.

6 Handelingen Tweede Kamer der Staten-Generaal, 21. Mai 2008.

Auch über den Europafonds, der Projekte von Organisationen unterstützt, die zur Aufklärung und öffentlichen Debatte über die Europäische Union beitragen sollen, wurde debattiert. Die Sozialistische Partei erklärte, dass das Geld aus dem Fonds für „verkappte Propaganda“ für die Europäische Union verwendet würde. Auf Antrag der Sozialistischen Partei fand im Januar eine Debatte statt, in der beschlossen wurde, dass der Europafonds evaluiert werden solle.<sup>7</sup>

Im Vergleich mit anderen Mitgliedstaaten war die Unterstützung für die Mitgliedschaft in der EU in den Niederlanden übrigens groß und scheint über die letzten Jahre hin noch zugenommen zu haben. Im Herbst 2007 hielten 79% der Niederländer die Mitgliedschaft in der EU für eine gute Sache. Auch waren 74% der Meinung, dass die Niederlande von der Mitgliedschaft profitieren, was eine Steigerung um 8% gegenüber der Umfrage im Frühjahr 2007 bedeutete. Vor allem die Förderung der wirtschaftlichen Stabilität erzielte höhere Werte als der Durchschnitt in Europa, nämlich 63% gegenüber 51% EU-weit. Die Niederländer äußerten sich im Vergleich mit anderen EU-Ländern negativer über die Probleme für Bauern und Viehhalter (73% gegenüber 61% EU-weit) und hatten öfter als der Durchschnitt einen negativen Eindruck über das Funktionieren der Europäischen Union (64% gegenüber 37% EU-weit).<sup>8</sup>

### **Niederländische Politik innerhalb der Europäischen Union**

Nachdem das irische Referendum mit einem deutlichen „Nein“ zum Lissabon-Vertrag ausgegangen war, setzten die Niederlande den Ratifizierungsprozess fort. Am 5. Juni 2008 gab eine große Mehrheit (PvdA, GroenLinks, D66, VVD, ChristenUnie und CDA) in der Tweede Kamer grünes Licht für den Vertrag. Der Senat, die Eerste Kamer, billigte ihn am 9. Juli 2008.

Die niederländische Regierung schien ihre Position innerhalb der EU an mehreren Fronten verstärken zu wollen. In seinem wöchentlichen Gespräch beim Fernsehsender RTL-2 prangerte Finanzminister Bos die Art und Weise an, mit der Frankreich mit den europäischen Haushaltsregeln umging. Die französischen Staatsausgaben und Staatsverschuldung gehörten zu den höchsten in der Europäischen Union. Bos plädierte daher während eines Treffens des Wirtschaftsforums in Brüssel für eine strengere Kontrolle der Staatsverschuldung in der Eurozone, da eine hohe Staatsverschuldung die Stabilität der Währungsunion unterminieren könne. Diese Äußerung des Ministers machte die Kritik, die über die Art und Weise, wie die niederländische Regierung selbst mit dem EU-Haushalt umging, entstanden war, nur noch pseinlicher. Anlässlich eines Treffens der EU-Finanzminister im Mai 2008 wurde deutlich, dass der niederländische EU-Haushalt von 2006 vom Europäischen Rechnungshof nicht genehmigt werden konnte, weil 61% der Ausgaben fehlerhaft waren.<sup>9</sup>

Eine weitere Frage, die die Aufmerksamkeit auf sich zog, war das Verhalten von Außenminister Maxime Verhagen (CDA) im Zusammenhang mit den Verhandlungen zwischen der EU und Serbien. Verhagen forderte, dass Serbien ohne Wenn und Aber mit dem Jugoslawien-Tribunal zusammenarbeiten solle. Serbien solle erst dann von den Vorteilen des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) profitieren können, wenn „Mladic in einem Flugzeug nach Den Haag sitzt“.

---

7 Handelingen Tweede Kamer der Staten-Generaal, 31. Januar 2008.

8 <http://www.europa-nu.nl/9353000/1/j9vvh6nf08temv0/vh93qqnk8atd>.

9 EU Observer, 11. Februar 2008: <http://www.euobserver.com>.